

Vom Kommunismus zur wehrhaften sozialen Demokratie. Politische Impulse und Lernerfahrungen ehemaliger Kommunisten innerhalb von SPD und Gewerkschaften nach 1945

»Meine ganze Entwicklung bringt es mit sich, dass ich der Politik der SPD vor 1933 viel kritischer gegenüberstehe, als das gemeinhin wohl in der Sozialdemokratie der Fall sein dürfte. Auch der heutigen SPD, soweit ich eine Vorstellung von ihr habe, stehe ich nicht völlig unkritisch gegenüber. Was ich vor allem bemängeln möchte, ist, dass sie [zu] der KP-Einheitsfront-Taktik bisher keine konstruktive Gegentaktik entwickelt hat, dass sie sich hier stets in der Defensive befindet. Auch mangelt es ihr sehr oft an einheitlichem Willen und straffer Organisation. Aber das sind nur Schönheitsfehler. Ich glaube, dass ich nicht länger »zwischen den Schützengräben« spazieren gehen kann und mich in die SPD einreihen muss, wenn ich positiv am Neuaufbau teilnehmen will.«¹

Mit dieser Begründung trat Siegmund (Siggi) Neumann (1907–1960) im April 1946 der SPD bei. Seine Argumentation war geprägt von seiner kommunistischen Sozialisation, die er nach den verheerenden Erfahrungen von Nationalsozialismus und Stalinismus nun für die Sozialdemokratie fruchtbar machen wollte. Erst zwei Monate zuvor war er aus Stockholm nach Deutschland zurückgekehrt und hatte Hannover als neuen Wohnsitz gewählt, wo auch der SPD-Parteivorstand unter Kurt Schumacher sein Quartier bezogen hatte. Neumann stammte eigentlich aus Berlin, als Jude und Kommunist war er im März 1933 zur Emigration gezwungen gewesen. Seine Stationen waren Kopenhagen, Paris, Barcelona und schließlich Stockholm. Im Lauf dieser turbulenten Jahre hatte er seine Positionen grundlegend verändert, sich schrittweise vom Kommunismus sowjetischer Prägung distanziert. Obwohl sein Weg alles andere als geradlinig und widerspruchsfrei war, wirkte er für die SPD-Spitze doch so überzeugend, dass er eine Anstellung beim Parteivorstand erhielt und bald darauf mit sensiblen sicherheitspolitischen Aufgaben betraut wurde.

Neumann war jedoch nicht der einzige ehemalige Kommunist, der sich nach 1945 in einer zentralen Position im sozialdemokratischen Lager wiederfand. Genannt seien an dieser Stelle auch Akteure wie Herbert Wehner (1906–1990), Leo Bauer (1912–1972), Heinz Brandt (1909–1986) oder Richard Löwenthal (1908–1991), die ganz unterschiedlichen kommunistischen Strömungen angehört hatten und deren fundamentaler Bruch mit dem Kommunismus jeweils unter ganz bestimmten Umständen erfolgte.

Die politische Neuorientierung dieser ehemaligen Kommunisten der »Kriegsjugendgeneration« (Ulrich Herbert) des Ersten Weltkriegs als Anhänger der Sozialdemokratie sowie als profilierte Demokratieschützer und Abwehrkämpfer gegen Kommunismus

1 Siegmund (Siggi) Neumann an SPD-Parteivorstand, o. D. [1946], Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (im Folgenden: AdsD), Sammlung Siegfried Heimann, 1/SHAB000148.

und Nationalismus ist erklärungsbedürftig. Die kommunistische Tradition, in der Neumann und viele andere deutsche Kommunisten der Jahrgänge 1900 bis 1912 in der Weimarer Republik sozialisiert worden waren, bezog ihre Legitimation ganz zentral aus der Ablehnung der Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg, aus den massiven Differenzen in der Novemberrevolution und den Jahren danach.² Auch wenn die erwähnte Alterskohorte selbst – bis auf Otto Wollenberg – das große Schisma der Arbeiterbewegung kaum schon bewusst erlebt hatte, war es doch identitätsstiftend für das kommunistische Selbstverständnis als revolutionäre Marxisten und die Ablehnung des sozialdemokratischen Reformismus. Zwar boten die Erfahrungen im Widerstand und im Exil nach 1933 eine ganze Reihe von Anlässen und Gründen, ihre vormaligen Gewissheiten grundlegend zu hinterfragen. Eine direkte Linie zur deutschen Sozialdemokratie, durch Verbot, Verfolgung und Zerrüttung bis 1945 zudem kaum als Hoffungsanker identifizierbar, ergab sich daraus für sie jedoch noch nicht. So schrieb Siggi Neumann auch nach seinem Eintritt seinem alten Verbündeten und Mentor Karl Volk: »Ich bin also in die SP eingetreten, offiziell am 1. 4. und es ist doch kein Aprilscherz. Wenn man es mir 1938/39 prophezeit hätte, dem hätte ich ins Gesicht gespieen. [...] Schließlich bin ich ja kein Reformist geworden.«³

Ehemalige Kommunisten hatten in der Sozialdemokratie einen schweren Stand, sie mussten sich sowohl mit Vorbehalten und Unterstellungen in den eigenen Reihen auseinandersetzen als auch öffentlichen Gegenwind aushalten, etwa wenn die Sozialdemokratie in den Fronten des Kalten Kriegs als »marxistische Partei« in die Nähe der Kommunisten gerückt wurde. Für die Auslandspropaganda der SED und die Westarbeit des MfS galten sie zudem als Renegaten, Verräter und Spione, sie mussten daher stets mit Gefahren für das eigene Leben rechnen. Tatsächlich waren sie gerade für die entstehenden staatlichen, parteilichen und gewerkschaftlichen Informationsstellen und Nachrichtendienste im Westen von besonderer Relevanz, da sie über intime Kenntnisse der kommunistischen Strukturen und teilweise auch der handelnden Personen verfügten. Sie waren daher prädestiniert für eine Arbeit im Hintergrund, als Berater, Strategen und Netzwerker, insbesondere im Bereich der Gewerkschaften.

Im Beitrag wird die These vertreten, dass sich die Aktivitäten und Positionen dieser ehemaligen Kommunisten nicht erschöpfend mit dem Stichwort »Antikommunismus« beschreiben lassen. Neuere Forschungen haben deutlich herausgestellt, dass es sinnvoll ist, zwischen unterschiedlichen Motivationen, Ideologien und Praktiken des Antikommunismus zu differenzieren.⁴ Der »empirische Antikommunismus« ehemaliger Kommu-

2 Zur deutschen Kommunismusgeschichte vor 1933 u. a. Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996; Bert Hoppe: *In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933*, München 2007; Bernhard H. Bayerlein: *Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus – Komintern, KPD und die Sowjetunion (1929–1943)*, in: Hermann Weber u. a.: *Deutschland, Russland, Komintern. I. Überblick, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943)*, Berlin/Boston 2014, S. 225–400.

3 Siggi Neumann an »Bob« (d. i. Karl Volk), 7.4.1946, AdsD, Nachlass Siegmund (Siggi) Neumann, 1/SNAA000014.

4 Zu den Dimensionen dieses Themenfelds: Johannes Großmann: *Die »Grundtorheit unserer Epoche«? Neue Forschungen und Zugänge zur Geschichte des Antikommunismus*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (2016), Bd. 56, S. 549–590; Stefan Creuzberger/Dierk Hoffmann (Hg.): *»Geistige Gefahr«*

nisten und linker Sozialdemokraten etwa unterschied sich fundamental von den angestammten Feindbildern nationalistischer Kreise.⁵ Die Biografien der in diesem Beitrag untersuchten Akteure waren brüchig und widersprüchlich, sie verfolgten durchaus eigensinnig persönliche Interessen und sie hatten politische Überzeugungen, die in Widerspruch zur Tagespolitik ihrer Organisationen und Netzwerke stehen konnten. Je nach Situation und Gesprächspartner changierten ihre Begründungen und die Beweggründe für ihr Handeln bisweilen erheblich. So wählten sie gegenüber alten Verbündeten oft eine andere Sprache als gegenüber sozialdemokratischen Traditionalisten, die nach 1945 zu ihrer politischen Bezugswelt wurden. Manche von ihnen hielten anfangs trotz der politischen Frontstellungen solidarische Netzwerke zu kommunistischen Wegbegleitern aufrecht, die im Nationalsozialismus verfolgt und inhaftiert worden waren, während andere schon während des Kriegs eine fundamentale Abgrenzung vollzogen hatten.⁶

Der Beitrag geht den Fragen nach, welche Motivationen sich für ein Engagement ehemaliger Kommunisten in der SPD ausmachen lassen, wie sich ihre praktischen Erfahrungen in der neuen politischen Umwelt gestalteten und mit welchen Erwartungen, Vorbehalten und Konflikten sie konfrontiert waren. Im Zentrum stehen drei Akteure, die – wie zu zeigen sein wird – einige Gemeinsamkeiten aufweisen und für den Aufbau der SPD, für die Koordination der Gewerkschaften und für die verdeckte antikommunistische Abwehrarbeit zwischen 1945 und 1960 eine gewisse Relevanz erlangten. Neben dem bereits erwähnten Siggie Neumann sind dies Eduard (Edu) Wald (1905–1978) sowie Otto Wollenberg (1898–1973). Ein Fokus liegt auf ihrem Demokratieverständnis sowie ihrem Stellenwert für die politische Kultur der frühen Bundesrepublik. Da es zu ihnen noch keine biografischen Studien gibt und sie einen spannenden individuellen Werdegang hatten, werden ihre Lebensläufe innerhalb der kommunistischen Bewegung zunächst ausführlicher vorgestellt.

I. Drei individuelle Wege von der KPD zur SPD

Siggie Neumann, Edu Wald und Otto Wollenberg gehörten (als jüngere Generation) einer Strömung innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands an, deren Anhänger in der kommunistischen Nomenklatur gemeinhin abwertend als »Versöhnler« bezeichnet wurden.⁷ Obwohl sie sich alle zeitweilig mit dieser Richtung identifizierten und gemein-

und »Immunisierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014; Norbert Frei/Dominik Rigoll (Hg.): Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA, Göttingen 2017.

5 Andreas Wirsching: Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur, 1917–1945, in: Creuzberger/Hoffmann: »Geistige Gefahr« und »Immunisierung der Gesellschaft« (Anm. 4), S. 15–28.

6 Siggie Neumann an »Bob« (d. i. Karl Volk), 7. 6. 1946, AdsD, Nachlass Siegmund (Siggie) Neumann, 1/SNAA000014.

7 Bernhard Bayerlein: Die unbekannte Geschichte der »Versöhnler« in der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Kein Randproblem der historischen Kommunismusforschung, in: Avgust Lešnik (Hg.): The Crisis of the Social Ideas. A Festschrift for Marjan Britovsek, Ljubljana 1996, S. 321–340; Bernhard H. Bayerlein: »Résistants« contre Staline, »conciliateurs« communistes et diffamateurs des libertés contre André Gide [»Widerstandskämpfer«

same Bekannte hatten, lernten sie sich erst nach 1945 persönlich kennen. Innerhalb der oftmals wechselnden Zuschreibungen der Kommunistischen Internationale galten sie als »Rechte«, da sie in Deutschland für eine kontinuierliche Arbeit in den Gewerkschaften und eine Einheitsfront mit der SPD eintraten. Sie hielten an der Anfang der 1920er-Jahre in der KPD – in Abgrenzung vom Linksradikalismus – entwickelten Strategie fest, dass sich die Überlegenheit des revolutionären Kommunismus und die Halbherzigkeit des sozialdemokratischen Reformismus im gemeinsamen Kampf um konkrete politische Ziele erweisen müsse. Im Gegensatz zur Kommunistischen Partei-Opposition (KPO) oder den versprengten Linkskommunisten kritisierten sie den zunehmend totalitären Kurs der Sowjetunion unter Stalin aber nicht offen. Sie sahen die Parteieinheit als unverzichtbar an – daher auch die abwertend gemeinte Fremdbezeichnung. Innerhalb der Komintern standen sie am ehesten Nikolaj Ivanovič Bucharin nahe, der Parteisäuberungen gegen linke Abweichler lange unterstützt hatte und erst 1938 in den dritten Moskauer Schauprozessen ermordet wurde. Ihr Stellenwert wurde von der Forschung zur KPD häufig unterschätzt, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass dieses Netzwerk nach der politischen Kaltstellung 1930 nur getarnte Strukturen unterhielt und allenfalls punktuell seine Opposition gegen die Parteiführung und ihren Kurs artikulierte. Insbesondere in den KPD-Betriebsgruppen in Berlin, Hamburg und Hannover sowie in den hauptamtlichen Apparaten der Partei verfügten sie aber über erheblichen Einfluss. Dies ermöglichte ihnen nach 1933, in den genannten Hochburgen eine wichtige Rolle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu spielen. Zudem gehörten dem Netzwerk zeitweilig einige einflussreiche literarische Akteure, wie z. B. der Dichter und Komponist Robert Gilbert (»Ein Freund, ein guter Freund«), der Schriftsteller (und Ehemann von Hannah Arendt) Heinrich Blücher oder der Übersetzer und Drehbuchautor Paul Baudisch an.⁸

Siggi Neumann: Ablösungsprozesse im französischen und schwedischen Exil

Siegmund (Siggi) Neumann wurde am 14. Februar 1907 in Tarnów in Galizien geboren. Er stammte aus einer jüdischen Familie, sein Vater arbeitete als Versicherungsagent.⁹ In seiner späteren Korrespondenz nennt Neumann allein fünf Schwestern, die nach Israel emigriert waren.¹⁰ Als er sieben Jahre alt war, zu Beginn des Ersten Weltkriegs, zog die Familie nach Berlin, wo Neumann bis 1921 die Volksschule besuchte. Anschließend

gegen Stalin, kommunistische »Versöhnler« und Diffamierer der Freiheiten gegen André Gide], in: ders./André Lasserre (Hg.): *Archives de Jules Humbert-Droz* [Archiv von Jules Humbert-Droz], Bd. 4: *Engagements à travers le monde. Résistances, conciliations, diffamations* [Engagements auf der ganzen Welt. Widerstände, Versöhnungen, Diffamierungen], Zürich 2001, S. 17–78.

- 8 U. a. Heinrich Blücher: *Versuche über den Nationalsozialismus*, hrsg. von Ringo Rösener, Göttingen 2020; Christian Walther: *Ein Freund, ein guter Freund. Robert Gilbert – Lieddichter zwischen Schlager und Weltrevolution*, Berlin 2019.
- 9 Siggi Neumann an SPD-Parteivorstand, o. D. [1946, Kopie], AdsD, Sammlung Siegfried Heimann, 1/SHAB000148. Auch die weiteren Angaben zu seiner frühen Biografie stammen aus diesem selbst verfassten Lebenslauf.
- 10 Siggi Neumann an Wilhelm Haferkamp, 26. 10. 1954, AdsD, Nachlass Siegmund (Siggi) Neumann, 1/SNAA000007.

begann er eine Lehre als Buchhändler in Berlin. Neumann schloss sich bereits im Alter von 15 Jahren dem Zentralverband der Angestellten an. Ab 1924 arbeitete er für fünf Jahre als kaufmännischer Angestellter im Büro einer Konfektionsfabrik. In dieser Phase fand seine wichtigste politische Prägung statt. Er wurde Mitglied im Kommunistischen Jugendverband und bald darauf Mitglied der Gewerkschaftsabteilung im Zentralkomitee. Als Fraktionsleiter übernahm er Funktionen in der Freien Gewerkschaftsjugend, außerdem war er gewerkschaftlicher Betriebsvertrauensmann. 1926 trat er der KPD bei.

Ab 1929 wurde Neumann Arbeiter-Abiturient an der Karl-Marx-Schule in Neukölln und schloss sich dem »Sozialistischen Schülerbund« (SSB) an.¹¹ Er wurde Leiter der Berliner SSB, gehörte der Reichsleitung an und war eine Zeit lang Herausgeber der Zeitschrift *Schulkampf*. Aufgrund seiner gewerkschaftlichen Prägungen und seiner praktischen Erfahrungen im SSB stand er der Politik seiner Partei immer kritischer gegenüber. Er lehnte sowohl die »ultralinke« Taktik der »revolutionären Gewerkschaftsopposition« (RGO)¹² als auch die Sozialfaschismusthese¹³ ab, weil sie den Einfluss der KPD in der Arbeiterbewegung gefährdeten. Allerdings vertrat er diese Positionen innerhalb der Partei nicht offen. Politisch näherte er sich damit den bereits erwähnten »Versöhnlern« an, die in der Berliner Parteiorganisation trotz einiger Verfolgungen eine starke Basis hatten. Zu seinen engeren Verbündeten im SSB und im Kommunistischen Jugendverband zählte unter anderem Heinz Brandt, der später als Verfolgter von Nationalsozialismus und Stalinismus nicht nur in Sachsenhausen und in Auschwitz, sondern auch in Hohen Schönhausen und in Bautzen inhaftiert war.¹⁴ Politisch geprägt wurde Neumann durch den kommunistischen Journalisten Karl Volk. Dieser stammte aus Österreich, hatte wie Neumann jüdische Wurzeln und war auch nach der Entmachtung einiger führender »Versöhnler« in der Berliner Parteiorganisation noch gut vernetzt. Neumann hatte als politischer Leiter des KPD-Unterbezirks Halensee eine relativ exponierte Stellung. Daher bedeutete die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 für ihn eine ernste Gefahr. Bereits unmittelbar nach dem Reichstagsbrand floh Neumann, nachdem seine Wohnung durchsucht worden war, Anfang März 1933 nach Kopenhagen. Ursprünglich plante er, nur einige Wochen im Ausland zu verbringen – es wurden fast 13 Jahre.

Das Netzwerk der »Versöhnler« wurde durch die einsetzende Verfolgung auf eine harte Probe gestellt. Sie mussten sich nicht nur vor den Nazis absichern und verbergen, sondern gerieten gleichzeitig in immer offenere Opposition zu ihrer eigenen Partei. In

11 Der SSB war eine überparteiliche Organisation von Schülern und Studenten, die stark von den Kommunisten dominiert wurde und in Berlin ihren Schwerpunkt hatte. Sie gab die Zeitschrift »Schulkampf« heraus. Siehe Gerd Radde (Hg.): *Schulreform. Kontinuitäten und Brüche. Das Versuchsfeld Berlin-Neukölln*, Opladen 1994.

12 Zu dieser Strategie u. a. Werner Müller: *Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der »Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition« (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933*, Köln 1988.

13 Hoppe: In *Stalins Gefolgschaft* (Anm. 2), S. 157–173.

14 Zu Heinz Brandt siehe Knud Andresen: *Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909–1986)*, Bonn 2007.

einem programmatischen Text, den sie im September 1933 innerhalb der KPD zirkulieren ließen, kritisierten sie die RGO-Politik und den ultralinken Kurs scharf. Gleichzeitig artikulierten sie die Hoffnung, dass der anhaltende Terror gegen die Arbeiterklasse Potenziale für Widerstand freisetzen könne, die die illegale KPD durch möglichst konkrete soziale Forderungen in den Betrieben ansprechen müsse.¹⁵

Siggi Neumann, Karl Volk und einige weitere Berliner »Versöhnler« blieben jedoch im Exil. Ab Sommer 1933 war Neumann in Paris und hielt sich mit einigen einfachen Tätigkeiten in Heimarbeit für eine Radiofabrik finanziell über Wasser. Die KPD verfolgte derweil die Netzwerke der »Versöhnler« und brandmarkte die Mitglieder wahlweise als »trotzkistisch« oder als »Gestapo-Agenten«. 1934 wurde Neumann als »Bucharinist« aus der Partei ausgeschlossen. Im Januar 1937 zog es ihn nach Spanien, um im Spanischen Bürgerkrieg in den Reihen der linkssozialistischen *Partido Obrero de Unificación Marxista* (POUM, Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit) gegen den Faschismus zu kämpfen. Bei seinem Fronteinsatz wurde er einen Monat später durch einen Kopf-Steckschuss verwundet. Zwei Monate verbrachte er im Lazarett in Barcelona. In dieser Phase kam er auch mit Willy Brandt in Berührung, auf den er allerdings wegen dessen undurchsichtiger Kontakte zu verschiedenen Geheimdiensten eine sehr distanzierte Sicht entwickelte.¹⁶ Die POUM wurden von den Kommunisten angefeindet und gewaltsam bekämpft. Als »trotzkistischer Gestapo-Agent« wurde Neumann von der stalinistischen Geheimpolizei gesucht, konnte sich einer Festnahme aber entziehen. Nach dem Verbot der POUM im Juni 1937 kehrte er nach Paris zurück.¹⁷ Die Gemengelage in Katalonien und Aragon, wo es zu direkten Konfrontationen zwischen Kommunisten und oppositionellen Kommunisten und Sozialisten gekommen war, hatte ihn noch weiter von der Komintern entfernt.

Trotzdem distanzierte sich Neumann auch in dieser Phase noch nicht vollständig vom Kommunismus oder Stalinismus. Als sogenannte Berliner Opposition traten die verbliebenen Teile seines Netzwerks nun öffentlich in Erscheinung. In einem programmatischen Text verschärften sie zwar ihre Kritik am Zentralkomitee der KPD, allerdings vor allem mit dem in orthodoxem Vokabular vorgetragenen Vorwurf, dass die kommunistische Volksfront-Strategie dieser Jahre ein Zugeständnis an den Reformismus und eine opportunistische Abweichung vom Leninismus sei.¹⁸ Als jedoch nach und nach die

15 Was soll man tun? Rundschreiben der Versöhnler, September 1933, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, SAPMO RY1/381.

16 In einer Einschätzung für den SPD-Vorstand schrieb Neumann 1947: »Ich lehne charakterlich Willi (sic!) Brandt völlig ab. Ich glaube, er ist jener Typ, der sich stets mehr Verdienste von als um die Arbeiterbewegung erwerben wird. Sein persönlicher Ehrgeiz ist die überragende Triebkraft seines Handelns.« Siggi Neumann: Zu Willi Brandt, 31. 12. 1947, AdsD, Nachlass Siegmund (Siggi) Neumann, 1/SNAA000023 (Unterstreichung im Original).

17 Andy Durgan: Voluntarios por la revolución. La milicia internacional del POUM en la Guerra Civil española [Freiwillige für die Revolution. Die Internationale Miliz der POUM im Spanischen Bürgerkrieg], Barcelona 2022, S. 368.

18 Dok. 624: L'Opposition de Berlin du Parti communiste allemand: Lettre ouvert aux membres du parti. Avec une annexe: »Matériaux de l'organisation illégale« et »A propos de la campagne calomnies du Comité central du PCA« (extraits) [Die Berliner Opposition der Kommunistischen Partei

gravierenden Auswirkungen der Moskauer Prozesse bekannt wurden, zerbrach das Netzwerk der »Versöhnler«, einige von ihnen, wie etwa Karl Volk, vollzogen nun einen vollständigen Bruch mit dem sowjetischen Kommunismus oder zogen sich ganz aus der politischen Arbeit zurück. Der drohende Krieg bedeutete für die Exilanten zudem erneut einen Überlebenskampf. Neumann gelangte mit einigen Vertrauten 1938 nach Stockholm. Hier arbeitete er einige Jahre als ungelernter Metallarbeiter. Er trat dem schwedischen Metallarbeiterverband bei und nahm Kontakt mit der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter auf. Im Stockholmer Exilantenmilieu traf Neumann auf zahlreiche Sozialdemokraten, Sozialisten und oppositionelle Kommunisten. Ab 1942 setzte er sich verstärkt mit der Situation in der Sowjetunion und der Nachkriegsordnung auseinander. Gemeinsam mit Fritz Rück verfasste er ein umfangreiches Werk über die Sowjetunion, das von einer großen Bewunderung für die sowjetische Wirtschaft gekennzeichnet war und den Stalinismus als politisches Phänomen weitgehend aussparte.¹⁹ Neumanns Auffassungen waren also zu diesem Zeitpunkt immer noch von der vagen Hoffnung getragen, dass es Errungenschaften und Reformpotenziale innerhalb der kommunistischen Staaten gäbe.

Als mit dem Kriegsende 1945 die Möglichkeit zur Rückkehr nach Deutschland immer wahrscheinlicher wurde, konzentrierte sich auch Neumann auf diesen Schritt. Ihm war dabei völlig klar, dass er mit seiner Biografie nur in den westlichen Besatzungszonen eine Zukunft haben könnte. Als sich Anfang 1946 die Gelegenheit bot, mit einem Schiff in Richtung Lübeck aufzubrechen, ergriff Neumann diese Chance.

Edu Wald: Oppositionelle Parteitreue eines kommunistischen Widerstandskämpfers

Über Eduard Walds frühe Biografie sind wir dank der autobiografischen Texte von ihm und seinem Sohn Peter Wald grundsätzlich gut informiert.²⁰ Da er seine Aufzeichnungen im Zuchthaus Sonnenburg verfasste, sind Informationen über seine Kontaktnetzwerke, über den Widerstand im Nationalsozialismus und über seine politische Distanz zur offiziellen Linie der Kommunistischen Partei darin jedoch nicht zu finden. Eduard (Edu) Wald wurde am 10. März 1905 in Kiel geboren. Seine Eltern arbeiteten als selbstständige

Deutschlands: Offener Brief an die Parteimitglieder. Mit einem Anhang: »Materialien der illegalen Organisation« und »Zu der Verleumdungskampagne des ZK der KPD«, in: Bayerlein/Lasserre (Hg.): Archives de Jules Humbert-Droz (Anm. 7), S. 313–346.

19 Siegmund Neumann/Fritz Rück: Kolossen på stälfötter. Den ryska industriemaktens utveckling och problem [Koloss auf stählernen Füßen. Entwicklung und Probleme der russischen Industriemacht], Stockholm 1945. Siehe auch Elisabeth Benz: Ein halbes Leben für die Revolution. Fritz Rück (1895–1959). Eine politische Biografie, Essen 2014, S. 270–272. Neumann verzichtete 1946 nach einer intensiven Auseinandersetzung mit Karl Volk über den Charakter der Sowjetunion auf eine geplante Veröffentlichung in Deutschland und den USA, da seine während des Krieges auf begrenzter Quellengrundlage verfasste Analyse inzwischen nicht mehr tragbar erschien. Siehe Siggie Neumann an »Bob« (d. i. Karl Volk), 27. 11. 1945 und 1. 12. 1945, AdsD, Nachlass Siegmund (Siggie) Neumann, 1/SNAA000014.

20 Eduard Wald/Peter Wald: Auf halbem und auf ganzem Wege. Der lange Marsch eines deutschen Sozialisten zur Demokratie (1905–1978), Bremen 2014; Peter Wald: Nachrichten von Vater und Mutter. Eine Jugend im Zwiespalt, Oldenburg 2003.

Kleinhändler in einer Verkaufsfiliale des Beamtenvereins, der Vater Franz war seit 1917 ein überzeugter Anhänger der Zeugen Jehovas.²¹ Wald besuchte bis 1921 die Mittelschule und Realschule und begann anschließend auf Wunsch des Vaters eine Ausbildung als Gärtner. Seine Leidenschaft galt jedoch der Literatur und den kulturellen Angeboten der Landeshauptstadt. Die katastrophalen Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge begünstigten seine Hinwendung zu anarchistischen Ideen.²² Nach Abschluss der Lehre ging Wald 1923 nach Hannover, wo er sich bereits in seiner ersten Anstellung bei einer kleinen Gärtnerei gewerkschaftlich organisierte und im Arbeiterstadtteil Linden mit kommunistischen Jugendlichen in Kontakt kam. Im Januar 1924 trat er in die KPD ein, noch im gleichen Jahr wurde er in die Bezirksleitung berufen, wo er die Abteilung Agitation und Propaganda leitete. 1927 wurde er zunächst Volontär, später Redakteur für gewerkschaftliche und betriebliche Themen der kommunistischen *Neuen Arbeiter Zeitung* (NAZ).²³ Aufgrund seiner Kritik an der »revolutionären Gewerkschaftsopposition« der KPD verlor er allerdings 1929 seine Stelle als besoldeter Parteifunktionär. Mithilfe seines Schwiegervaters fand er bald darauf eine Anstellung in einer Hannoveraner Farbenfabrik. Hier arbeitete er als einfacher Lagerarbeiter und betätigte sich in der kommunistischen Betriebsarbeit. Über diese Zeit schrieb Wald 1942 rückblickend: »[I]ch habe mich nicht gescheut, 2,5 Jahre als Fabrikarbeiter manchem Maulheld zu zeigen, dass man nicht nur den gewerkschaftlichen Redakteur spielen kann, sondern als einfacher Gewerkschaftsfunktionär auch den ganzen Betrieb hinter sich bekommen und einigen kann.«²⁴

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten war für Edu Wald eine bittere Bestätigung seiner Kritik an der offiziellen Linie der Komintern. Gemeinsam mit Vertrauten hatte er bereits in den Jahren zuvor Netzwerke über Parteigrenzen hinweg in niedersächsischen Betrieben organisiert. Das »Komitee für Proletarische Einheit« umfasste mehrere Hundert Mitglieder von KPD, Sozialdemokratie, Sozialistischer Arbeiterpartei (SAP) und KPO. Zu den Mitstreitern von Wald gehörte auch der SAP-Funktionär (und spätere IG-Metall-Vorsitzende) Otto Brenner, mit dem er auch verwandt war.²⁵ Walds illegale Tätigkeit beschränkte sich jedoch nicht auf den Raum Hannover, er war zunehmend auch in die überregionalen Verbindungen der ehemaligen »Versöhner« involviert. Er lebte nun in Hamburg und Berlin und übernahm nach der Emigration von Karl Volk und Siggie Neumann zusammen mit Georg Krausz die reichsweite Koordination dieses illegalen Netzwerks. Eine erste Terrorwelle traf im Dezember 1934 einen Kreis um Heinz Brandt in Berlin und im März 1935 die Hamburger Gruppe um den Hafenarbeiter Hans Westermann.²⁶ Der Ermordung von Westermann im KZ Fuhlsbüttel ging eine

21 Wald/Wald: Auf halbem und auf ganzem Wege (Anm. 20), S. 18–23.

22 Ebd., S. 27 f., 31–63.

23 Ebd., S. 94–101.

24 Ebd., S. 101.

25 Martha Brenner (geb. Werner), seit 1932 Ehefrau von Otto Brenner, war die Schwester von Grete Wald. Siehe auch Jens Becker/Harald Jentsch: Otto Brenner. Eine Biografie, Göttingen 2007, S. 44–51.

26 Hierzu Peter Birke: Die »rechte« Opposition in- und außerhalb der Hamburger KPD 1928 bis 1935, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1 (2002), H. 2, S. 108–126;

öffentliche Verleumdung durch das ZK der KPD als »Gestapo-Agent« voraus – ein Umstand, der entscheidend zu einer weiteren Entfremdung zwischen den vormaligen »Versöhnlern« und der KPD beitrug.²⁷ Ein Jahr später, im Mai 1936, wurden auch Edu Wald und weitere Unterstützer in Berlin verhaftet, die sich insbesondere in der kommunistischen Betriebsarbeit bei Siemens und Osram betätigt hatten.²⁸ Wald wurde zunächst zwei Wochen im Gestapogefängnis Columbia verhört, bevor er in Moabit seine Untersuchungshaft antreten musste. Am 30. Juni 1937 wurde er nach einer einmonatigen Hauptverhandlung vor dem Volksgerichtshof wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu einer 15-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Seine weitere Haft musste Wald für 20 Monate im Zuchthaus Brandenburg-Görden absitzen, ehe er im März 1939 für 18 Monate ins Emslandlager Börgermoor verlegt wurde. Im August 1940 wurde er zurück nach Brandenburg und bald darauf ins KZ Sonnenburg gebracht, wo er auch seine ersten autobiografischen Aufzeichnungen verfasste und erfolgreich herauschmugelte. Ab Januar 1943 war er dann bis zu seiner Freilassung am 27. April 1945 wieder im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert.²⁹ Im Juli 1945 kehrte Edu Wald nach Hannover zurück, wo er sich trotz seiner Erfahrungen in führender Position am Wiederaufbau der KPD beteiligte. Neben seiner Tätigkeit als Lizenznehmer der *Niedersächsischen Volkszeitung* und Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags gehörte er auch dem Landesvorstand seiner Partei an. Gleichzeitig stand er wieder persönlich im Austausch mit Siggie Neumann und Otto Brenner, die nun für die Sozialdemokratie bzw. die Gewerkschaften aktiv waren. Weil Wald keinerlei Spielraum für politische Diskussionen innerhalb der KPD mehr sah, erklärte er im Oktober 1948 seinen Austritt.³⁰

Otto Wollenberg: Vom AM-Apparat der KPD zur sozialdemokratischen Solidaritätsarbeit

Wenig ist bislang über die Biografie von Otto Wollenberg bekannt. Dies liegt hauptsächlich darin begründet, dass er sich zum einen schon in seiner kommunistischen Zeit vor allem im abgeschirmten Sicherheitsapparat der Partei betätigte, zum anderen aber auch an seiner späteren Tätigkeit im Bereich der Nachrichtendienste und der antikomunistischen Abwehr. Er ist daher ein besonders schillerndes und schwer zu greifendes Fallbeispiel. In einem Lebenslauf, den er im April 1950 für den SPD-Parteivorstand verfasste, hat Wollenberg seine Prägungen und die wesentlichen Stationen seiner kommunistischen Betätigung skizziert.³¹ Er wurde am 7. Oktober 1898 in Berlin geboren. Nach dem Abitur kam er 1916 als Infanterist an die Westfront. Ab 1918 arbeitete er als kaufmännischer Angestellter bei einer jüdischen Exportfirma und 1922/23 auch als ange-

Andresen: Widerspruch als Lebensprinzip (Anm. 14), S. 97–108; Bodo Schümann/Jan Jalass: Die Rolle der sogenannten »Versöhnler« in der Hamburger KPD. Eine Untersuchung am Beispiel von Georg A. Jalass, Berlin u. a. 2021, S. 15 f.

27 L'Opposition de Berlin du Parti communiste allemand (Anm. 18), S. 329–338.

28 Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in Spandau, Berlin 1988, S. 79–84; ders.: Widerstand in Mitte und Tiergarten, Berlin 2000, S. 112–116.

29 Wald: Nachrichten von Vater und Mutter (Anm. 20).

30 Edu Wald an den Landesvorstand der S.V.D., 25. Oktober 1948, AdsD, Nachlass Edu Wald, 1/EWAC.

31 Otto Wollenberg, Lebenslauf, 25. 4. 1950, AdsD, Bestand Parteivorstand, 2/PVAJ000104.

stellter Börsenmakler – ein Umstand, der in seiner späteren Laufbahn immer wieder Anlass für Verleumdungen bot.³²

Nach einer kurzen Episode bei der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) trat Wollenberg 1922 der KPD bei, zu der er bereits seit 1919 Kontakt hatte. Er knüpfte schon bald Verbindungen zum (Anti-)Militärischen Apparat (AM-Apparat) der Partei, der für Aufstandsvorbereitungen und Spitzelabwehr zuständig war. Unter dem Namen »Otto Berg« übernahm er ab Ende 1924 auch legale Parteiaufgaben im Unterbezirk Moabit und trat dem Verband der Textilarbeiter bei. Als hauptamtlicher Mitarbeiter beim ZK der KPD war er mit Unterbrechungen bis 1929 vor allem im Presse- und Informationsreferat sowie im Organisationsbüro tätig. Politisch fühlte er sich zunächst der Parteirechten verbunden, die in Opposition zur »ultralinken« Zentrale um Ruth Fischer und Arkadij Maslov stand, später dann den »Versöhnlern«. Er trat folgerichtig auch gegen den RGO-Kurs auf, weshalb er ab 1929 keine Parteifunktionen mehr ausüben durfte und auch seine Anstellung beim ZK verlor. Trotz seiner politischen Kaltstellung wurde Wollenberg ab 1932 in die Arbeit von Hans Kippenberger, dem Leiter des AM-Apparats, einbezogen, der für die KPD einen illegalen Auffangapparat vor dem Hintergrund einer drohenden Diktatur aufbauen sollte. In der Nacht nach dem Reichstagsbrand wurde Wollenberg damit beauftragt, die technische Leitung des illegalen Büros von Kippenberger zu übernehmen. In den darauffolgenden Wochen organisierte er Wohn- und Arbeitsräume, Treffpunkte und Poststellen für die reichsweiten Verbindungen. Im Mai 1933 wurde Wollenberg bei einem Kurierdienst verhaftet und von der Gestapo verhört und gefoltert. Nach einer Untersuchungshaft in Moabit wurde er im Frühjahr 1934 angeklagt. Da seine verdeckte Rolle für die KPD-Spitze jedoch nicht bekannt wurde, erhielt Wollenberg lediglich eine zweijährige Zuchthausstrafe, die er in Luckau verbüßte. Nach seiner Freilassung floh er im Mai 1935 gemeinsam mit seiner Frau über die tschechische Grenze bis nach Prag. Hier kam Wollenberg wieder in Kontakt mit Kippenberger und Hermann Schubert (bevor diese nach Moskau einbestellt wurden, wo sie 1937 bzw. 1938 in stalinistischen Schauprozessen ermordet wurden), aber auch mit einzelnen »Versöhnlern«. 1936 erfolgte der vollständige Bruch mit der Partei. Wollenberg wurde in der *Roten Fahne* unter Nennung seines bürgerlichen Namens als britischer Agent und SPD-Spitzel bezeichnet. Verfolgung und Verleumdung durch die Komintern brachten ihn schließlich dazu, sich den sozialistischen und sozialdemokratischen Exil- und Hilfsorganisationen anzunähern, so etwa mithilfe von Paul Hertz dem Beirat des Hochkommissars des Völkerbunds für Flüchtlinge aus Deutschland sowie dem Hilfskomitee von Kurt R. Grossmann, das ab 1939 den Namen »Czech Refugee Trust Fund« (CRTF) trug.³³ Mit Gross-

32 Redebeitrag Paul Pagel (Innenminister, CDU), Wortprotokoll über die 13. Tagung des 4. Schleswig-Holsteinischen Landtages am 13., 14. und 15. August 1951 im Plenarsaal des Landtages Kiel, S. 192 f.

33 Jana Buresova: The Czech Refugee Trust Fund in Britain 1939–1950, in: Charmian Brinson/Marian Malet (Hg.): *Exile in and from Czechoslovakia during the 1930s and 1940s*, Amsterdam u. a. 2009, S. 133–145; Charmian Brinson/Richard Dove: *A Matter of Intelligence. MI5 and the Surveillance of Anti-Nazi Refugees, 1933–50*, Manchester 2014, S. 142–156. Akte zu Otto Wollenberg, The National Archives, HO 294/497/662.

manns Unterstützung konnte Wollenberg im Januar 1939 nach London ausreisen, wo er selbst zusammen mit Willi Sander, dem Landesvertreter der SOPADE (Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil) in Großbritannien, die Mitarbeit im CRTF weiterführte. Im November 1940 reiste Wollenberg gemeinsam mit seiner Frau in die USA weiter, wo er als einfacher Arbeiter seinen Lebensunterhalt verdiente und parallel als Mitglied der Deutschen Sprachgruppe der »Social Democratic Federation« (SDF) an der *Neuen Volkszeitung* und ab 1946 an der von Marie Juchacz initiierten Arbeiter-Wohlfahrt USA mitarbeitete. Aufgrund seiner kommunistischen Vergangenheit wurde er am 16. Oktober 1948 verhaftet und nach Ellis Island gebracht, konnte aber gegen eine Kaution von 1000 Dollar wieder freikommen, die von Toni Sender, Gerhart Seger, Alfred Braunthal und weiteren politischen Freunden aufgebracht wurde.³⁴ Mit Unterstützung des SPD-Vorstands in Hannover, mit dem er ab 1948 in Kontakt stand, konnte Wollenberg im Mai 1950 nach Deutschland zurückkehren, um in Schleswig-Holstein die Leitung des neu geschaffenen Landesamts für Verfassungsschutz zu übernehmen.

II. Gewerkschaftliche Erneuerung und Gegnerbekämpfung in der Bundesrepublik

Die deutsche Sozialdemokratie bewies nach 1945 ein großes Integrationspotenzial mit Blick auf die zahlreichen sozialistischen Strömungen und Gruppierungen, die sich am Ende der Weimarer Republik oder während der Widerstands- und Exilzeit zwischen oder jenseits von KPD und SPD formiert hatten. Viele dieser Akteure übernahmen sogar Schlüsselfunktionen innerhalb von Partei und Gewerkschaften, wobei ihre biografischen Prägungen in einer ganzen Reihe von spezifischen Positionierungen und Verhaltensweisen oder in weiterhin bestehenden informellen Kontaktnetzwerken zur Geltung kamen. Trotzdem wäre es falsch, diese vormaligen politischen Zugehörigkeiten, die oft in jungen Jahren und unter ganz besonderen Krisenbedingungen gewählt wurden, als dauerhafte Dispositionen zu essenzialisieren. Anhand zahlreicher Beispiele ließe sich zeigen, dass viele sozialdemokratische Biografien im Zeitalter der Extreme von Brüchen und Neuorientierungen gekennzeichnet waren, bei denen frühe Überzeugungen hinterfragt und revidiert wurden.³⁵

Noch mehr galt dies für die ehemaligen Kommunisten, die sich nach 1945 in der Bundesrepublik politisch betätigten. Sie mussten entschiedener als andere Strömungen unter Beweis stellen, dass sie mit dem Stalinismus gebrochen hatten und dass sie über

34 Otto Wollenberg an Fritz Heine, 21. Oktober 1948, AdsD, Bestand Parteivorstand, 2/PVAJ000104.

35 Hierzu u. a. Philipp Kufferath: Netzwerke als strategische Allianzen und latente Ressource. Etablierungsversuche der linken Opposition im SPD-Milieu nach 1945, in: Archiv für Sozialgeschichte (2013), Bd. 53, S. 245–268; Tobias Kühne: Das Netzwerk »Neu Beginnen« und die Berliner SPD nach 1945, Berlin 2018; Helga Grebing (Hg.): Entscheidung für die SPD. Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948, München 1984; Jan Foitzik: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933–1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn 1986.

keinerlei Kontakte mehr zu kommunistischen Akteuren oder Strukturen im Dunstkreis eines DDR-Einflusses verfügten. Ihre Sozialisation in der westdeutschen Sozialdemokratie war daher immer eine sehr individuelle; sie verankerten sich lokal oder in neuen politischen Zusammenhängen. Vor diesem Hintergrund war das Wirken von Siggie Neumann, Edu Wald und Otto Wollenberg innerhalb von Sozialdemokratie und Gewerkschaften sicherlich außergewöhnlich. Ihre exponierten Rollen waren jedoch nur vor dem Hintergrund ihres dezidierten Antikommunismus denkbar, der sich in den Kontext des Kalten Kriegs hervorragend einfügte, wenngleich sie eine demokratisch-sozialistische Transformation der Gesellschaft, die durchaus noch Bezüge zu ihren vormaligen kommunistischen Ideen und Praktiken hatte, weiterhin als Motivation antrieb. Im Folgenden soll daher anhand ihrer Aktivitäten im Bereich der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Strukturen sowie in nachrichtendienstlichen Zusammenhängen untersucht werden, wie ihre politischen Erfahrungen im Widerstand und Exil und insbesondere ihr Umgang mit dem Sowjetkommunismus ihr Denken und Handeln beeinflussten.

Innerhalb von Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Es war vor allem Fritz Heine, der als einer der engsten Mitarbeiter von Kurt Schumacher frühzeitig das Potenzial der ehemaligen Kommunisten Neumann, Wald und Wollenberg für den Parteivorstand (PV) erkannte und zu nutzen verstand.³⁶ So antwortete er etwa 1946 auf Warnungen aus Schweden, dass Neumann aufgrund seiner kommunistischen Vergangenheit eine Gefahr sein könnte: »Es stimmt, dass er Verbindungen zu den Kreisen der Kommunisten hatte und hat; es stimmt ferner, dass er bei uns, wenn auch nicht im Büro, arbeitet. Ich halte es für ausgeschlossen, dass er sich als Spitzel betätigt.«³⁷ Der Parteivorstand profitierte beispielsweise von Neumanns detaillierten Kenntnissen kommunistischer Betriebsarbeit. Als eine seiner ersten Arbeiten für Heine formulierte Neumann 1946 ein Konzept zum Aufbau von sozialdemokratischen Betriebsgruppen, um – in der marxistischen Deutung des Klassengegensatzes von Kapital und Arbeit – eine eigene betriebliche Verankerung zu erreichen und dem wachsenden Einfluss der KPD hier etwas entgegenzustellen. Es fand die Zustimmung des Parteivorstands und wurde an alle Bezirke als Richtlinie versandt.³⁸

Als Referent für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit war Neumann zwischen Oktober 1948 und März 1954 an zentraler Position darum bemüht, die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik zu koordinieren und zu systematisieren. Um den christlichen Sozialausschüssen zu begegnen, beschloss der SPD-Vorstand auf Initiative von Neumann im Februar 1950 die Schaffung von »sozialen Arbeitsgemeinschaften«. In seiner Begründung schrieb Neumann: »Jeder in der Gewerkschaftsbewegung wirkende Kommunist wird von seiner Partei durch schärfsten organisatorischen und moralischen Druck dazu

36 Zur Biografie Heines: Stefan Appellius: Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 2000.

37 Fritz Heine an Kurt Heinig, 18. 5. 1946, AdsD, Bestand Parteivorstand, 2/PVAJ000639.

38 Richtlinien für den Aufbau sozialdemokratischer Betriebsgruppen [1946], AdsD, DGB-Archiv. 1/HBAH000069.

angehalten, seine Gewerkschaftsfunktion immer und ausschließlich im Sinne seiner Partei auszunutzen. [...] Wir gingen bisher manchmal von der irrtümlichen Auffassung aus, dass der sozialistische Einfluss innerhalb der Gewerkschaftsbewegung allein dadurch mit zur Geltung komme, dass der größte Teil aller führenden, mittleren und unteren, hauptamtlichen und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre Mitglieder unserer Partei sind. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, dass vielfach gerade SPD-Gewerkschaftsfunktionäre bei ihrer Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung oft völlig ratlos sind, wie sie sich – bei der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften – als Sozialdemokraten verhalten sollten.«³⁹ Im Auftrag der Partei gab Neumann zudem ab 1949 die Zeitung *Arbeit und Freiheit* mit einer Auflage von über 30 000 Exemplaren heraus, die sich an sozialdemokratische Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschafter wandte.⁴⁰

Nach Neumanns Selbstverständnis konnte die Sozialdemokratie nicht zusehen, wie sowohl die KPD als auch die Sozialausschüsse der CDU ihren Einfluss in den Gewerkschaften ausbauten, während sich die eigene Partei mit Verweis auf die Überparteilichkeit der Einheitsgewerkschaft mit Positionierungen und Vernetzungen zurücknahm. Eine Initiative bemühte sich deshalb darum, bewährte sozialdemokratische Funktionäre in Schlüsselpositionen zu bringen. Mit diesen Vorstößen setzte sich Neumann durchaus auch Anfeindungen aus, da sich die Gewerkschaften in der Regel derartige Einmischungen verbot. Der DGB-Vorsitzende Hans Böckler schrieb einmal an Neumann: »Lieber Genosse Neumann! Du machst dir wirklich unnötig Sorgen um die Gewerkschaftsbewegung. Glaubst du wirklich, dass ich Anregungen derart, wie du sie in deinem Brief gibst, nötig hätte?«⁴¹ Trotz solcher Erfahrungen baute Neumann für die SPD in den nächsten Jahren ein einflussreiches Netzwerk in den Gewerkschaften auf, das für einige gewerkschaftspolitische Entwicklungen Verantwortung trug. Sein ausgeprägtes strategisches Nachdenken über organisationsinterne Machtverhältnisse, über die initiiierende Rolle von informellen Netzwerken sowie über die Relevanz von Betriebsarbeit, Arbeitskämpfen und Streiks lässt sich vor dem Hintergrund seiner kommunistischen Prägungen besser verstehen.

Eine Initiative von Siggie Neumann im April 1951 hatte enorme Auswirkung in den Gewerkschaften: die sogenannte Reverspolitik. In einem vertraulichen Brief an alle Vorsitzenden der Industriegewerkschaften mit SPD-Parteibuch warb er für ein rigoroses Vorgehen gegen die Kommunisten: »Wir glauben, dass es an der Zeit ist, dass sowohl der DGB als auch die einzelnen Industriegewerkschaften [...] Schluss mit der kommunistischen Zersetzungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften machen. Keinesfalls kann es angehen, dass Kommunisten sogar als hauptamtliche Kräfte beschäftigt werden und dabei Gelegenheit finden, sich unter der Maske des »neutralen Gewerkschafters« zu

39 Rundschreiben des Betriebssekretärs Siggie Neumann über die »Sozialen Arbeitsgemeinschaften« vom 22. 2. 1950, in: Willy Albrecht (Hg.): Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien. Bd. 2: 1948 bis 1950, Bonn 2003, S. 381 f.

40 Christoph Klessmann: Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft. Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der westdeutschen Arbeiterbewegung 1945–1952, in: Viertelsjahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), H. 2, S. 272–307.

41 Hans Böckler an Siggie Neumann, 27. 9. 1949, AdsD, DGB-Archiv, 1/HBAH000074.

bewegen und Unterminierarbeit zu leisten. Wir glauben, dass eine gute Gelegenheit für eine solche Generalreinigung in der Gewerkschaftsbewegung gegeben ist.«⁴² Neumann schlug vor, alle kommunistischen Gewerkschafter vor die Entscheidung zu stellen, sich entweder schriftlich von Beschlüssen der KPD zu distanzieren oder ihre hauptamtlichen Positionen in den Gewerkschaften aufzugeben. Allein in den Jahren 1951 und 1952 verloren so Hunderte kommunistische Gewerkschafter ihren Job.⁴³ Dieses autoritäre Vorgehen stieß auch bei manchen eher linken Sozialdemokraten auf Unverständnis, weil es sie an kommunistische Disziplinarmaßnahmen erinnerte. Neumann selbst nahm für sich in Anspruch, dass erst durch das aktive Zurückdrängen des kommunistischen Einflusses Spielräume für eine kämpferische (sozial-)demokratische Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung entstehen würden. Seine Haltung lässt sich somit als eine wehrhafte Konzeption von sozialer Demokratie charakterisieren.

Unter dem Label »Soziale Arbeitsgemeinschaft beim Parteivorstand« rief Neumann auch einen Kreis hochrangiger Gewerkschafter zusammen, der später als »Zehnerkreis« eine gewisse Berühmtheit erlangte. Neumanns engste Verbündete in diesem Kreis waren seine alten Hannoveraner Freunde Edu Wald und Otto Brenner, hinzu kam Kuno Brandel, ebenfalls ein ehemaliger Kommunist, der 1949 aus dem US-Exil zurückgekehrt war. Daneben gehörten Werner Hansen und Hermann Beermann als regionale DGB-Vorsitzende zum festen Kern. Der »Zehnerkreis« organisierte zwischen 1952 und 1955 einen Generations- und Politikwechsel innerhalb der Gewerkschaften. Es wäre verkürzt, die Praxis dieses Netzwerks primär auf westliche, liberaldemokratische Einflüsse zurückzuführen, wie Julia Angster in ihrer grundlegenden Studie argumentiert.⁴⁴ Die Biografien von Neumann und Wald, den entscheidenden Akteuren hinter dem »Zehnerkreis«, legen vielmehr nahe, dass eine produktive Umwidmung ihrer kommunistischen Erfahrungen ebenfalls eine ganz wesentliche Rolle spielte.

Allerdings merkte Neumann durchaus, dass seine Stellung als Referent des Parteivorstands ihn zu zahlreichen Rücksichten und Abhängigkeiten zwang. Er wolle seine Kraft und seine Energien nicht weiter »in einem manchmal widerlichen Kleinkrieg« verbrauchen.⁴⁵ Als bezeichnend für die fehlende Wertschätzung der Gewerkschaftsarbeit sah er die Tatsache, dass kein einziger führender Gewerkschafter im Parteivorstand vertreten sei. Die SPD müsse begreifen, dass die »Gewerkschaften eine außerparlamentarische Kraft besitzen können, die die ganze Richtung der innerdeutschen Politik positiv beeinflussen kann«. In seiner Argumentation kam die aus der kommunistischen Tradition adaptierte marxistische Überzeugung zum Ausdruck, dass eine rein parlamentarische

42 Siggie Neumann an Otto Brenner, 20. 4. 1951, AdsD, SPD-Parteivorstand, Referat Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 2/PVBX000003.

43 Klaus Schönhoven: Kalter Krieg in den Gewerkschaften. Zur Gewerkschaftspolitik von KPD und SPD nach 1945, in: ders. (Hg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 160–180; Rainer Kalbitz: Gewerkschaftsausschlüsse in den 50er Jahren, in: Otto Jacobi/Walther Müller-Jentsch/Eberhard Schmidt (Hg.): Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78: Gewerkschaftspolitik in der Krise, Berlin 1978, S. 159–165.

44 Ausführlich: Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.

45 Siggie Neumann an Hans Brümmer, 29. 7. 1953, AdsD, Bestand IG Metall, 5/IGMA45075048.

Strategie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht grundlegend antasten könne. In einem längeren Brief im November 1953 verkündete Neumann seinen Abschied, machte gleichzeitig aber noch einmal Vorschläge für die Wiederbelebung der Gewerkschaftsarbeit sowie für seine Nachfolge als Referent, die jedoch nicht aufgegriffen wurden.⁴⁶ Sein Wechsel zur IG Metall im Frühjahr 1954 verschaffte ihm neue Freiräume für gewerkschaftliche Netzwerkarbeit und die direkte Beratung von Otto Brenner. Allerdings verlor er durch seinen Weggang aus Bonn die noch verbliebenen Einflussmöglichkeiten auf die SPD-Spitze und seine exponierte Sprecherposition als verantwortlicher Referent des Parteivorstands.

Die Rolle von Otto Wollenberg war innerhalb der Sozialdemokratie nur wenigen eingeweihten Personen bekannt. Neben Fritz Heine war es vor allem Kurt Schumacher, der sich in persönlichen Gesprächen von den Fähigkeiten des Sicherheitsexperten überzeugt hatte. Dieses Vertrauen gipfelte in der Entscheidung des Parteivorstands vom 29. November 1950, Wollenberg zum Koordinator der sozialdemokratischen Positionen in den neu gegründeten Landesämtern für Verfassungsschutz zu machen.⁴⁷ Zwischen 1950 und 1954 lieferte er in regelmäßigen Briefen an Fritz Heine zahlreiche sicherheitspolitische Hintergrundinformationen, die dieser häufig in Auszügen an Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, den Sicherheitsbeauftragten Siegfried Ortloff, an Stephan Thomas vom Ostbüro oder an weitere Abteilungen der Parteizentrale weitergab. Wollenberg berichtete zudem über weitere brisante Entwicklungen, von denen er über vertrauliche Quellen erfuhr, etwa über die Übernahme der Zeitung *Die Welt* durch den Springer-Konzern oder über interne Auseinandersetzungen innerhalb der Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg, wo seine enge Anbindung an den Parteivorstand immer wieder Anlass für Verdächtigungen und Misstrauen bot.

Auch Edu Wald war jenseits seiner vielfältigen gewerkschaftlichen Aktivitäten, die er nach seinem Bruch mit dem Kommunismus aufnahm, schon bald in gewerkschafts- und personalpolitische Entscheidungsfindungen des SPD-Parteivorstands eingebunden. So beriet er zum Beispiel Fritz Heine und Alfred Nau sehr intensiv bei den Bemühungen, Otto Wollenberg beim DGB in Nordrhein-Westfalen unterzubringen.⁴⁸ Nach Neumanns Abgang übernahm er als Mitarbeiter des DGB in Niedersachsen sukzessive dessen strategisches Engagement für den Ausschuss für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. An der Entwicklung des berühmten DGB-Aktionsprogramms von 1955, das die Fünftagewoche und Lohnerhöhungen durchzusetzen half und an alle Haushalte verteilt wurde, war Wald federführend beteiligt.⁴⁹ Auch bei den langen Streiks der IG Metall 1956 hatte Wald nach eigenen Aussagen »engsten Anteil an allen Maßnahmen in Schleswig-Holstein, die dann im Oktober zum Streik führten«.⁵⁰

46 Siggie Neumann an geschäftsführenden Parteivorstand, 30. 11. 1953, AdsD, Bestand Erich Ollenhauer, 2/EOAA000198.

47 Aktennotiz zur PV-Sitzung vom 29. 11. 1950 in Berlin, in: AdsD, Bestand Parteivorstand, 2/PVAJ000104; Christoph Stamm (Hg.): Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, Bd. 3: 1950 bis 1952, Bonn 2011, S. 92 f.

48 Z. B. Edu Wald an SPD-Parteivorstand vom 2. 8. 1954, AdsD, Nachlass Edu Wald, 1/EWAA.

49 Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie (Anm. 44), S. 408 ff.

50 Edu Wald an Siggie Neumann, 10. 4. 1957, AdsD, Nachlass Siegmund (Siggie) Neumann, 1/SNAA000020.

Seine allseits anerkannten sicherheitspolitischen Expertisen, die er durch die redaktionelle Tätigkeit für den Informationsdienst »Feinde der Demokratie« entwickelte, brachten ihn gegenüber dem Parteivorstand in eine exponierte Sprecherposition, sodass er durchaus auch mit scharfen Formulierungen Entscheidungen der Parteiführung kommentierte.⁵¹

Sicherheitspolitik und Verfassungsschutz

Das Vertrauen in die Expertise und Loyalität ehemaliger Kommunisten kam bereits in der Entscheidung zum Ausdruck, Siggie Neumann im Juli 1947 die Leitung des »Ostbüros« zu übertragen. Bis Oktober 1948 leitete er das Büro in der Böttcherstraße in Hannover, das offiziell unter dem Namen »Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost« fungierte. Das »Ostbüro« entwickelte sich zu einem parteiinternen Geheimdienst, der die sozialdemokratische Expertise über die Entwicklungen in der Sowjetzone bündelte, Informationen über und Hilfsangebote für ostdeutsche Sozialdemokraten bereitstellte und vor diesem Hintergrund auch regen Kontakt mit westlichen staatlichen Stellen pflegte. Diese klandestine Tätigkeit war mit großen Risiken verbunden, zahlreiche Kuriere und oppositionelle Sozialdemokraten wurden im Jahr 1948 Opfer der stalinistischen Herrschaft.⁵² Das »Ostbüro« sammelte schmerzhaft Erfahrungen, dass die eigenen Möglichkeiten zur verdeckten Arbeit sehr eingeschränkt waren und es größerer und koordinierter Anstrengungen bedurfte, um dem mächtigen Abwehrapparat der SED etwas entgegenzusetzen. Angesichts dieser Herausforderungen war Neumann durchaus erleichtert, diese Aufgabe im Oktober 1948 an seinen Stellvertreter Stephan Thomas abtreten zu können, der das »Ostbüro« anschließend bis 1966 mit großem Geschick leitete.⁵³

Eine Hochburg der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik waren in den 1950er-Jahren die neu eingerichteten Landesämter für Verfassungsschutz. Während die Sozialdemokratie weder die Gründung der Organisation Gehlen, der Vorläuferin des Bundesnachrichtendienstes, noch die Einrichtung des Bundesamts für Verfassungsschutz als Oppositionspartei ernsthaft beeinflussen konnte, konnte sie insbesondere in den Ländern, in denen sie an der Regierung beteiligt war, ihren Einfluss geltend machen. Fast alle Gründungsleiter dieser föderalen Dienste waren Sozialdemokraten, die als Beamte einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten oder Innenminister untergeordnet waren. Dass Otto Wollenberg zu diesem Kreis zählte, war nur aufgrund der besonderen Umstände in Schleswig-Holstein möglich, wo die allein regierende SPD kurz vor den Neuwahlen im Mai 1950 ein Landesgesetz zur Einrichtung eines Amtes für Verfassungsschutz verabschiedete.⁵⁴ Dank der Fürsprache des Parteivorstands wurde Wollenberg als

51 Z. B. Edu Wald an Alfred Nau, 28. 9. 1955 (Durchschlag für Otto Brenner), AdsD, Bestand IG Metall, 5/IGMA45075048.

52 U. a. Mike Schmeitzner: Doppelt verfolgt. Das widerständige Leben des Arno Wend, Berlin 2009, S. 158 ff.

53 Zum Ostbüro insgesamt: Wolfgang Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991; Helmut Bärwald: Das Ostbüro der SPD. 1946–1971, Kampf und Niedergang, Krefeld 1991.

54 Wortprotokoll über die 35. (Schluß-)Tagung des ersten gewählten Schleswig-Holsteinischen Landtages am 30. Mai 1950, S. 48.

Oberregierungsrat verbeamtet, obwohl ihm jegliche Erfahrungen im Öffentlichen Dienst fehlten. Seine sicherheitspolitischen Kenntnisse aus der kommunistischen Illegalität halfen ihm beim Aufbau eines Netzes von Agenten und V-Leuten. Die wenigen festen Stellen besetzte er fast ausschließlich mit Sozialdemokraten, die Aufmerksamkeit der neuen Behörde galt gleichermaßen den kommunistischen Einflussnahmen im Grenzland wie den rechtsextremen Organisationsbemühungen, die in Norddeutschland einen besonders fruchtbaren Boden fanden. Mit dem Wahlerfolg des »Deutschen Wahlblocks« aus CDU, Deutscher Partei (DP) und FDP war jedoch klar, dass Wollenberg seine Position rasch wieder verlieren würde. Bald darauf wurde er vom neuen Innenminister Paul Pagel (CDU) freigestellt. Danach sollte er stattdessen auf Wunsch des SPD-Parteivorstands die stellvertretende Leitung im Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz übernehmen, das von Paul Pfeiffer geführt wurde. Diese Absicht wurde jedoch durch den sozialdemokratischen Hamburger Bürgermeister Max Brauer durchkreuzt, der dem CDU-Vertreter Achim-Helge von Beust diese Aufgabe übertrug. Wollenberg blieb trotz seiner Beurlaubung inoffiziell für die SPD von Hamburg aus für die Beobachtung verfassungsfeindlicher Aktivitäten in Schleswig-Holstein zuständig. Seine Stellung im Hamburger Amt war jedoch äußerst prekär. Insbesondere erregte die Haltung des sozialdemokratischen Amtsleiters Wollenbergs Kritik, da Pfeiffer den Einfluss der ehemaligen »Abwehr«-Agenten unterschätze und keine parteipolitische Strategie und Loyalität erkennen lasse. Wollenberg bemühte sich deshalb um eine andere Beschäftigung. Kurzzeitig war er im Sommer 1951 als Leiter des Hessischen Landesamtes ein aussichtsreicher Kandidat, der auch den Zuspruch von Ministerpräsident Georg-August Zinn fand. Letztlich scheiterte seine Berufung jedoch.⁵⁵ Als letzte Alternative wurde seine Versetzung nach Niedersachsen in die Wege geleitet. Dort traf Wollenberg ebenfalls auf Vorbehalte sowie auf die Hindernisse des Beamtenrechts, seine Übernahme wurde aufgrund fehlender Diensterfahrung abgelehnt. Trotzdem wurde er nach persönlichen Gesprächen mit Innenminister Richard Borowski im April 1952 als »freier Mitarbeiter« und mit deutlichen finanziellen Einbußen in das niedersächsische Amt »eingebaut«. Der sozialdemokratische Amtsleiter Karl Hofmann, der selbst dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) entstammte, trat ihm jedoch mit Misstrauen entgegen, während er gleichzeitig ehemaligen »Abwehr«-Leuten wie Richard Gerken oder Walter Lorenz als Leiter der »Beschaffung« große Freiräume bei der Rekrutierung von V-Leuten ließ.⁵⁶ Ähnlich wie in Hamburg sah Wollenberg in dieser Offenheit für NS-belastetes Personal große Gefahren. Er warnte frühzeitig vor paramilitärischen Organisationen des rechten Milieus, wie sie im Oktober 1952 durch den Skandal um den »Bund Deutscher Jugend« auch öffentlich sichtbar wurden.⁵⁷ Aus seiner Sicht müsse ein Amtsleiter »einen

55 Otto Wollenberg an Georg-August Zinn, 14. 5. 1951; Otto Wollenberg an Kurt Schumacher, 16. 5. 1951, beide AdsD, Bestand Kurt Schumacher, 2/KSAA000083; Otto Wollenberg an SPD-Parteivorstand, 4. 10. 1952, AdsD, 2/PVAJ0000105.

56 Tobias Neef-Methfessel: »... nicht hunderte, sondern tausende von Fällen überprüft...«. Politbiografische Skizze zu Karl Hofmann II, in: Demokratie-Dialog 11 (2022), S. 19–29. Siehe zur schillernden Biografie von Richard Gerken auch: Constantin Goschler/Michael Wala: »Keine neue Gestapo«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek 2015, S. 61 ff.

57 Otto Wollenberg an Fritz Heine, 11. 11. 1952, AdsD, Bestand Parteivorstand, 2/PVAJ0000105.

politischen Instinkt, eine politische Erfahrung und einen politischen Kampfwillen besitzen«. Er könne »nicht sein Amt erfolgreich gegen den Kommunismus ausrichten, wenn er nicht die gleiche (und wenn nötig stille) kämpferische Ausrichtung gegen die Reaktion und Restauration« habe.⁵⁸ Wollenberg kritisierte insbesondere das gutgläubige Vertrauen in die formalen Strukturen des jungen liberalen Staates und eine »legalistische Grundeinstellung«, während konservative und reaktionäre Akteure die staatlichen Organe im Sinne eines »Klassenkampfes von oben« instrumentalisierten. Dass er in seinem Brief an die SPD-Führung unverhohlen auf marxistische Deutungsmuster aus seiner kommunistischen Sozialisation zurückgriff, ist Ausdruck eines überraschend breiten internen Diskursraums, sofern die Loyalität zur Partei nicht infrage stand.

Nach etwa zwei Jahren in einem Schwebezustand ohne reale Machtposition entschloss sich Wollenberg im Frühjahr 1954, den Staatsdienst aufzugeben und eine Stelle in der Pressestelle des DGB in Nordrhein-Westfalen anzunehmen. Bei dieser Aufgabe stand Wollenberg in engem Austausch mit Edu Wald, der sich auf diesem Feld bereits seit 1950 etabliert hatte. Die Bundespressestelle des DGB hatte im Herbst 1950 eine Materialsammlung »Feinde der Demokratie. Feinde der Gewerkschaften« zusammengestellt, die sich sowohl mit gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten der Kommunisten als auch mit den NS-Kontinuitäten innerhalb der Bundesministerien befasste.⁵⁹ Für den DGB-Landesbezirk Niedersachsen erstellte Edu Wald ab 1951 »Übersichten über den Rechts- und Linksradikalismus«. Sie wurden ab Juli 1952 monatlich als Informationsdienst »Feinde der Demokratie. Presseschau und Kommentare aus gewerkschaftlicher Sicht« verbreitet. Die DGB-Bezirke Nordrhein-Westfalen und Nordmark gaben bald darauf ähnliche Zusammenstellungen heraus, an denen Otto Wollenberg Anteil hatte. Sie richteten sich als vertrauliche Nachrichtensammlungen an Entscheidungsträger innerhalb von staatlichen Institutionen, an Presse und Gewerkschaften. Auch hier war die Überzeugung maßgeblich, dass sich die Beobachtung demokratiefeindlicher Aktivitäten nicht allein auf die Kommunisten konzentrieren könne, sondern auch das gesamte nationalistische Milieu umfassen müsse. Insbesondere in Niedersachsen gab es ein breites Spektrum an nationalistischen und rechtsextremen Organisationen und Netzwerken, das weit in die bürgerlichen Parteien reichte und über das Edu Wald und sein langjähriger Mitarbeiter Manfred Jenke umfangreiche Dossiers erstellten.⁶⁰ Die von Wald geleitete »Informationsstelle« des DGB stand in regelmäßigem Austausch mit den sozialdemokratisch geleiteten Landesämtern für Verfassungsschutz in Niedersachsen und Bremen, die ihrerseits Material und Rückfragen zu beobachteten Personen aus dem Gewerkschaftsbereich weiterleiteten.⁶¹ Nach einer umfassenden Bestandsaufnahme im

58 Otto Wollenberg an SPD-Parteivorstand, 4. 10. 1952, AdsD, Bestand Parteivorstand, 2/PVAJ0000105 sowie Otto Wollenberg an Fritz Heine, 28. 12. 1951, AdsD, Bestand Parteivorstand, 2/PVAJ0000104.

59 Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundespressestelle (Hg.): Feinde der Demokratie – Feinde der Gewerkschaften. Tatsachen und Dokumente, Düsseldorf 1950.

60 Etwa die Ausgabe Nr. 1 des 2. Jahrgangs der niedersächsischen Ausgabe von »Feinde der Demokratie. Presseschau und Kommentare aus gewerkschaftlicher Sicht« vom Oktober/November 1952, die sich u. a. mit der Sozialistischen Reichspartei, dem Gesamtdeutschen Block, der Deutschen Partei, der FDP, den Soldatenbünden und weiteren Splittergruppen befasst.

61 Die entsprechende Korrespondenz im Nachlass Edu Wald, DGB-Archiv des AdsD, 1/EWAC000096.

Jahr 1959, bei der die Reichweite des Informationsdienstes sichtbar wurde, beschloss der DGB-Bundesvorstand die Herausgabe unter dem neuen Titel »Für die Demokratie«. In seinem Vorwort zur ersten Ausgabe von 1960 zog Edu Wald eine weitgehend positive Bilanz: »KPD und SRP [Sozialistische Reichspartei] sind verboten. Die Splitter- und Tarnorganisationen fristen ein verhältnismäßig bedeutungsloses Dasein. [...] Aber aus vielen Vorgängen und Entwicklungen der letzten Jahre wird deutlich, dass der Demokratie in der Bundesrepublik nicht allein Gefahr von seiten [sic!] ihrer organisierten Feinde droht, sondern auch durch Gutgläubigkeit und Naivität, die Nachlässigkeit und den Leichtsinns, ja sogar die Passivität, Resignation und Unwissenheit vieler, die für sich in Anspruch nehmen, gute Demokraten zu sein.«⁶²

III. Fazit

Die Bilanz des Wirkens von Siggi Neumann, Edu Wald und Otto Wollenberg und ihres Beitrags zur westeuropäischen Demokratiegeschichte ist zweifellos ambivalent. In vielen ihrer politischen Vorhaben konnten sie, gemessen an den eigenen Konzeptionen, nur sehr begrenzt Erfolgserlebnisse für sich verbuchen. Siggi Neumann, der bereits am 27. November 1960 in Alter von 53 Jahren starb, übte in seiner Tätigkeit für die IG Metall nur noch begrenzt Einfluss aus, der »Zehnerkreis« zerbrach an internen Differenzen und Otto Brenner umgab sich zunehmend mit einem Kreis jüngerer Berater. Otto Wollenberg setzte seine Laufbahn als Journalist bei der DGB-Zeitung *Welt der Arbeit* fort, gleichzeitig galt sein Interesse weiter nachrichtendienstlichen Themen, was unter anderem in seiner Zusammenarbeit mit dem umtriebigen US-amerikanischen Gewerkschaftsberater und hochrangigen CIA-Mitarbeiter Jay Lovestone, ebenfalls ein ehemaliger oppositioneller Kommunist, zum Ausdruck kam.⁶³ Politisch war Wollenberg, der am 19. März 1973 starb, jedoch immer verbitterter und isolierter. Die gewerkschaftliche Tätigkeit von Edu Wald war von den hier untersuchten Fallbeispielen am stärksten durch Kontinuität und Einfluss gekennzeichnet, doch auch seine Bilanz fiel vor dem Hintergrund der politischen Verschiebungen mit der Neuen Linken und der Ostpolitik zwiespältig aus. Wald verstarb am 5. November 1978.⁶⁴

Ungeachtet dieser subjektiven biografischen Bilanzierungen wurden in diesem Beitrag eine Reihe politischer Handlungsfelder in der frühen Bundesrepublik skizziert, auf denen das eigensinnige Wirken dieser ehemaligen Kommunisten durchaus sichtbare Spuren hinterließ. Die politischen Impulse dieser Akteure waren vielschichtig, ihre vormaligen kommunistischen Prägungen nicht bloß eine Negativfolie, sondern gleichzeitig positive Anknüpfungspunkte für eine wehrhafte sozialdemokratische Konzeption. Es

62 Edu Wald: Weiter: Für die Demokratie!, in: Für die Demokratie. Informationen, Kommentare, Presseschau aus gewerkschaftlicher Sicht 1 (1959/60), H. 1, S. 1 f.

63 Entsprechende Korrespondenz in den Jay Lovestone Papers, 1904/1989, Hoover Institution Library & Archives. Zu Lovestone insgesamt: Ted Morgan: A Covert Life. Jay Lovestone: Communist, Anti-Communist, and Spymaster, New York 1999.

64 Wald/Wald: Auf halbem und auf ganzem Wege (Anm. 20), S. 197 ff.

bedürfte weitergehender Untersuchungen, um die Ambivalenz dieser Biografien und ihre demokratiehistorische Bedeutung noch klarer herauszuarbeiten. So steht etwa die Forschung zur sozialdemokratischen Sicherheitspolitik und den Landesämtern für Verfassungsschutz sowie ihre Einbettung in die neueren Arbeiten zur Geschichte der Nachrichtendienste erst am Anfang. Zudem fehlen differenzierte Studien zum sozialdemokratischen Antitotalitarismus, der sich im Fall von Edu Wald und Siggie Neumann nicht im Antikommunismus erschöpfte, sondern mit einem gewerkschaftlichen Aktionismus verknüpft war, der außerparlamentarische und betriebliche Aktivitäten als zentrale demokratische Praxisfelder begriff.